

PRESSEMITTEILUNG

10. Juni
2024

PFLEGEPROFESSION WIEDER EINMAL SPIELBALL DER POLITIK

Der Gründungsausschuss für eine Pflegekammer in Baden-Württemberg zeigt sich enttäuscht nach Bekanntgabe des Nichterreichens des Quorums durch Sozialminister Manfred Lucha: „Die Veröffentlichung des Ministers hat uns überrascht, da wir in unserem Abschlussbericht das Erreichen des Quorums dargelegt haben. Es wird einmal mehr deutlich, dass von Anfang an der politische Wille für eine Kammer in Baden-Württemberg gefehlt hat“, erklärt Peter Bechtel, Vorstandsvorsitzender des Gründungsausschusses.

Der Dokumentationsbericht wurde dem Sozialministerium seitens des Gründungsausschusses am 4. April übersendet. Das gesetzlich geforderte Quorum von 60 Prozent der Pflegefachpersonen, die eine Pflegekammer befürworten, wurde nach Rechtsauffassung des Gründungsausschusses erreicht. Das Ministerium hingegen stellt in der Bekanntgabe das Nicht-Erreichen des Quorums fest.

Für die Vorstandsmitglieder des Gründungsausschusses zeigt sich in dieser Auslegung seitens des Ministeriums einmal mehr, dass der Wille fehlt – entgegen den Beteuerungen der Politikerinnen und Politiker, die die Profession Pflege in politische Prozesse einzubinden, um die Belange der Pflege sicherzustellen und die Möglichkeit einer selbstbestimmten Vertretung auf Augenhöhe einzuräumen.

„Wir fordern jetzt den Sozialminister, die Regierung und die Oppositionsparteien auf, zu ihren Beteuerungen aus der Vergangenheit zu stehen, die vor uns liegenden Herausforderungen mit der Profession anzugehen. Der Landespflegerat muss daher künftig finanziell unterstützt und Ansprechpartner für die Politik werden. Er muss als Gremium in alle politischen Entscheidungen einbezogen werden und dort eine Stimme bekommen, wo Entscheidungen zur und über die Pflege gefällt werden“, fordert Gabriele Hönes, stv. Vorsitzende des Gründungsausschusses. „Die vergangenen Monate haben gezeigt, dass nur mit unterstützendem Hauptamt Augenhöhe mit allen anderen Playern im Gesundheitswesen herzustellen sei.“

Es muss von Seiten der Politik ein nachhaltiges Interesse geben, konstruktiv an zukunftsfähigen Lösungen für die Profession Pflege und die pflegerische Versorgung der Bevölkerung zu arbeiten, ansonsten wird das Gesundheitssystem weiter destabilisiert. Die Politik muss mit Vertretenden der professionellen Pflege künftig fachlich, konstruktiv und zukunftsorientiert in den Dialog gehen. Es darf nicht weiter auf Kosten der Pflege Parteipolitik betrieben werden.

Über den Gründungsausschuss der Landespflegekammer Baden-Württemberg:

In Baden-Württemberg gibt es ca. 110.000 Pflegefachpersonen, die ihren Beruf ausüben. Diese haben bis Ende 2024 Zeit, sich zu registrieren, um dann ihre Selbstverwaltung, die Vertreterversammlung der Landespflegekammer Baden-Württemberg, zu wählen. Der Gründungsausschuss der Landespflegekammer Baden-Württemberg hat die Aufgaben, die professionell Pflegenden bis dahin zu informieren, zu registrieren und die Wahl vorzubereiten.